

## **Die SPD-Fraktion und der NATO-Doppelbeschluss**

Von Jan Hansen, HU Berlin

*Diskussionspapier für die Konferenz „Die Geschichte und politische Arbeit  
der SPD-Bundestagsfraktion“, Bonn, 24./25.09.2020*

Zwei Thesen stehen im Mittelpunkt dieses Diskussionspapiers. Ich argumentiere erstens, dass die SPD-Bundestagsfraktion kein besonders ergiebiger Untersuchungsfall ist, wenn man sich für den NATO-Doppelbeschluss und die Debatte um die Stationierung (innerhalb und außerhalb der SPD) interessiert. Daran anschließend argumentiere ich zweitens, dass die frühen 1980er Jahre dennoch eine Zeit des beschleunigten Wandels für die Fraktionsarbeit waren.

Zur ersten These: Die SPD-Fraktion ist deshalb kein besonders ergiebiger Untersuchungsfall, weil sie innerhalb der westdeutschen Sozialdemokratie nicht der primäre Austragungsort für die Kontroversen um den NATO-Doppelbeschluss und insbesondere seinen Stationierungsteil war. Anders gewendet: Ortsvereine, Kreisverbände oder Unterbezirke stellen einen lohnenden Gegenstand dar, um die Genese und den Wandel der Kritik an der Politik von Bundeskanzler Helmut Schmidt zu erforschen. Selbst die SPD-Bundesparteitage oder die Vorstands- und Präsidiumssitzungen lassen mehr Rückschlüsse darüber zu, warum und wie Sozialdemokrat/innen die Politik ihrer Regierung kritisierten. Die Fraktionssitzungen dagegen waren Foren der Selbstvergewisserung über den sicherheitspolitischen Kurs der Regierung. Dies hängt primär damit zusammen, dass die SPD bis September 1982 die Regierung stellte. Die große Mehrheit der Fraktion sah ihre Aufgabe darin, den politischen Kurs von Schmidt zu stützen, der aus einer Doppelstrategie von Verhandlungsbereitschaft und Stationierungsdrohung bestand. An der Basis der SPD sah dies völlig anders aus.

Die innerparteiliche Kritik an Schmidt (und nicht zuletzt auch an Verteidigungsminister Hans Apel) ging in den Jahren 1980 und 1981 von den unteren Parteigliederungen sowie von jungen und weiblichen Mitgliedern aus. Neben Bezirken wie Hessen-Süd, Mittelrhein oder Westliches Westfalen waren es die Jusos und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die früh und vehement die Abkehr von der Stationierungsdrohung des Doppelbeschlusses forderten. Wenn man auf diese Gruppierungen blickt, wird deutlich, dass die Nachrüstungsdebatte nicht nur eine Phase der intensiven gesellschaftlichen Polarisierung sowie der

Mobilisierung von zivilgesellschaftlichem Protest war. Mehr noch wird erkennbar, dass sich in dieser Zeit auch die Grenzen zwischen Partei und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen verflüssigten. In den 1980er Jahren folgten Sozialdemokrat/innen (der Begriff schließt neben Mitgliedern auch Sympathisant/innen mit ein) zunehmend komplexen Doppelloyalitäten: Sie arbeiteten in lokalen Friedensinitiativen mit und besuchten die Ortsvereinssitzungen der SPD, obwohl ihr Engagement gegen die mögliche Stationierung (vor 1983) der offiziellen Beschlusslage der Bundespartei widersprach. In der Wahrnehmung vieler nachrüstungskritischer Sozialdemokrat/innen erwies sich die Partei SPD – in ihren inhaltlichen Positionen, aber auch in ihren Funktionsmechanismen – als nicht mehr zeitgemäß.

Dass die SPD selbst für ihre eigenen Mitglieder in einer tiefen Krise steckte, kann man am Aufstieg der Grünen ablesen. Die Grünen bezogen nicht nur andere inhaltliche Positionen, die kompatibel waren mit dem Umwelt-, Anti-Kernkraft- und Anti-Atomwaffenprotest, sondern folgten auch einem anderen Politikverständnis, für das Partizipation und ein dezentrales Machtverständnis wichtig waren. So zeigt sich an der westdeutschen Sozialdemokratie der frühen 1980er Jahre eine gesellschaftliche Individualisierung und Pluralisierung, wie sie schon vielfach für die Zeit „nach dem Boom“ beschrieben worden ist.

Richtig ist aber auch, dass die SPD nicht nur aus Nachrüstungskritiker/innen bestand. Der konservative Seeheimer Kreis war genauso eine zuverlässige Stütze des politischen Kurses von Schmidt wie zahlreiche Bezirke und Unterbezirke von Hamburg bis Franken. Auch die Fraktion kann man als Bollwerk gegen die vorzeitige Abkehr von der Logik des NATO-Doppelbeschlusses verstehen. Was die politischen Äußerungen der Fraktion und ihrer Mitglieder auszeichnete, war eine kaum in Frage gestellte Präferenz für den rüstungskontrollpolitischen Ansatz des Doppelbeschlusses. Die Abgeordneten unterschieden sich in ihren Äußerungen allenfalls darin, für wie wahrscheinlich sie ein positives Ergebnis der Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen zwischen den Supermächten in Genf hielten. Egon Bahr und Karsten Voigt ließen eher Zweifel erkennen als der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke. Zumindest bis zum Herbst 1982 (dem Machtverlust und der wichtigen Kieler Konferenz der SPD, in der sie beschloss, nichts anderes als ein Verhandlungsergebnis zu akzeptieren) blieben solche Stimmen, die eine vorzeitige Abkehr vom Kurs des Doppelbeschlusses forderten, in der Minderheit. Dies hing damit zusammen, dass zwei prominente Kritiker von Schmidt – die Abgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik – 1981 im Streit um die Sicherheitspolitik aus der Partei ausgeschlossen wurden bzw. die SPD freiwillig verließen. Die Fraktion konnte sich Abweichler nicht leisten.

Während die Fraktion 1958 bei der Kampagne „Kampf gegen den Atomtod“ die Friedensbewegung unterstützt hatte, taten dies vor 1983 nur einzelne Abgeordnete. Gerhard Schröder, seit 1980 ein aufstrebender Abgeordneter aus Hannover, ist ein prominentes Beispiel dafür, wie SPD-Funktionäre in zwei Rollen auftraten: Als Abgeordneter formulierte Schröder konstruktive Zweifel an der Rüstungskontrollpolitik Schmidts und Apels, als Jusos-Vorsitzender hatte er schon 1979 einen Beschluss gegen die Notwendigkeit des Doppelbeschlusses herbeigeführt. Ähnliche Beobachtungen lassen sich für Herta Däubler-Gmelin oder für Hermann Scheer anstellen, die im Parlament Anträge ihrer Fraktion mittrugen, gegenüber der Parteibasis und in Veröffentlichungen aber einen merklich kritischeren Ton anschlugen. Dass die Fraktion sich nicht zu einem Forum der Nachrüstungskritik entwickelte, hing neben ihrer Rolle im Machtgefüge zwischen Regierung und Partei auch damit zusammen, dass die Gallionsfiguren der sozialdemokratischen Friedens- und Umweltbewegung – Erhard Eppler und Oskar Lafontaine – kein Bundestagsmandat hatten.

Nun war es nicht so, dass in der Fraktion keine kritischen Stimmen zu vernehmen gewesen wären. Von Ortsvereinen, Kreisverbänden oder Unterbezirken reichte die Angst vor den Atomraketen bis hinein in die Partei- und eben auch die Fraktionsspitze. Herbert Wehner, der Vorsitzende der Fraktion, hatte bereits im Februar 1979 in „Die Neue Gesellschaft“ einen aufsehenerregenden Artikel veröffentlicht, in dem er die „Notwendigkeit zusätzlicher Waffensysteme“ bestritt. Willy Brandt schließlich, der SPD-Vorsitzende war und 1983 zur Identifikationsfigur der Stationierungsgegner in der SPD wurde, ließ in seinen Redebeiträgen im Parlament zwischen den Zeilen ebenfalls Skepsis gegenüber der Wahrscheinlichkeit einer Verhandlungslösung in Genf erkennen. Zu einiger Bekanntheit hat es seine Äußerung vor der Fraktion gebracht, er habe die Politik Schmidts seit 1979 nur aus Loyalität mitgetragen. Diese Äußerung fiel aber im September 1983, als Schmidt schon fast ein Jahr nicht mehr Kanzler war. Überhaupt kann der Verlust der Regierungsverantwortung für die Geschichte der sozialdemokratischen Nachrüstungsdebatte nicht hoch genug veranschlagt werden.

Befreit vom Druck, die Politik Schmidts stützen zu müssen, rückte die Fraktion wie die Gesamtpartei in rasantem Tempo vom Stationierungsteil des Doppelbeschlusses ab. Die Ursachen für diesen Meinungswandel lagen in den festgefahrenen Verhandlungen der Supermächte in Genf, aber auch in der strukturellen Notwendigkeit, Gegenpositionen zu Kanzler Helmut Kohl präsentieren zu müssen, der die Politik Schmidts weiterführte. Nachdem die Fraktion unter Führung von Hans-Jochen Vogel, der die Kanzlerkandidatur zur vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 übernommen hatte, im Frühjahr 1983 immer

stationierungskritischere Positionen eingenommen hatte, votierte sie am 1. Juni 1983 bei 8 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen für eine „Handreichung zur Politik des westlichen Bündnisses, zur Strategie-Debatte und zu den Genfer Verhandlungen“, die allen SPD-Mitgliedern empfahl, sich an Aktivitäten der Friedensbewegung zu beteiligen. Der SPD-Vorstand verabschiedete kurz darauf eine ähnliche Erklärung. Zahlreiche SPD-Abgeordnete beteiligten sich im Herbst 1983 an den Aktionen der außerparlamentarischen Friedensbewegung. Brandt sprach am 22. Oktober zur großen Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten. Genau einen Monat später, am 22. November, stimmte die überwältigende Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Bundestag gegen die Stationierung.

Wenn die SPD-Fraktion im Verlauf des Jahres 1983 den Meinungswandel der Gesamtpartei gegen die Stationierung nachvollzog, wird man doch insgesamt konstatieren müssen, dass sie kein wichtiger Austragungsort für die Nachrüstungskontroverse der Sozialdemokrat/innen war. Dies bedeutet nun sicherlich nicht zwangsläufig, dass sie kein ergiebiger Untersuchungsfall für die innerparteilichen Debatten um die Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen war. Es kommt – wie so oft – auf die Fragestellung und darauf an, was man wissen möchte. Unbestreitbar ist allerdings, dass sich in den Aussprachen der Fraktion (und auch in den Redebeiträgen von SPD-Abgeordneten im Plenum des Bundestages) nur in Ausnahmefällen Kontroversen finden lassen, die das gesamte Meinungsspektrum der Sozialdemokrat/innen oder auch der bundesdeutschen Gesellschaft widerspiegeln. Stattdessen dominierte in der Fraktion eine pragmatische und an der Tagespolitik orientierte Präferenz für Rüstungskontrolle, deren Sagbarkeitsgrenzen sehr viel enger gezogen waren als in der gesamtgesellschaftlichen Debatte.

Dennoch – und dies ist meine zweite These – waren die Jahre zwischen 1980 und 1983 eine Zeit des beschleunigten Wandels für die Fraktion, und dies hing mit der Nachrüstungsdebatte zusammen. Ich möchte diesen Wandel auf drei Ebenen skizzieren: der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Fraktion, ihrer organisatorischen Aufstellung und dem Wandel ihrer Kommunikationsformen.

Inhaltlich veränderte die Fraktion ihre politischen Positionen merklich in den frühen 1980er Jahren. Dies begann bereits in den 1970ern, als Brandt den Vorsitz der Nord-Süd-Kommission übernommen hatte und ein neues Interdependenzdenken unter SPD-Abgeordneten popularisierte. Dass der Ost-West-Gegensatz zunehmend vom Nord-Süd-Gegensatz überlagert und die Probleme des globalen Südens immer drängender würden, war bald ein bis ins Bundeskanzleramt hinein geteiltes Deutungsmuster. Auch sicherheitspolitische Alternativkonzepte,

die enger auf den Kalten Krieg bezogen waren, gewannen in den frühen 1980er Jahren an Attraktivität in der Fraktion. Egon Bahr, der in der Palme-Kommission mitgearbeitet hatte, warb ab 1981 für das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“, mit dem er den Abzug aller Atomwaffen aus Europa forderte; der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium Andreas von Bülow popularisierte 1983 das Konzept der „Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ und Horst Ehmke legte 1984 ein Diskussionspapier vor, in dem er die „Europäisierung Europas“ skizzierte. Für all diese Konzepte war die Fraktion ein wichtiger Diskussionskontext oder sogar der Entstehungsort.

Die Schwerpunktverlagerung in den Debatten der Fraktion lässt sich aber auch daran ablesen, dass um das Jahr 1983 herum bis in die Fraktion zunehmend Kritik an den Mechanismen des Parlamentarismus und der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie Gehör fand. Denn etliche Fraktionsmitglieder nahmen am 20. November 1983, also unmittelbar vor der Stationierungsdebatte des Bundestages, am sogenannten „Parlament der Mehrheit“ im Regierungsviertel teil, einer Aktion des Koordinationsrates der Friedensbewegung. Der Koordinationsrat wollte damit zeigen, dass der Bundestag gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung entschied, wenn er für die Stationierung votierte. Abgeordnete wie Christa Czempiel und Heidemarie Wiczorek-Zeul unterstützten das „Parlament der Mehrheit“. Ein ähnliches Ziel verfolgten Abgeordnete um Herta Däubler-Gmelin mit der Forderung nach einer konsultativen Volksbefragung parallel zur Europawahl am 17. Juni 1984. Auch die von dem Abgeordneten Peter Paterna erwogene Klage gegen die Stationierung vor dem Bundesverfassungsgericht kann man in diesen Kontext einordnen. Es sollte aber doch gesagt werden, dass diese Gedankenspiele sehr umstritten waren in der Fraktion; Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renner unterstrich öffentlich, dass sie die Aktivitäten ihrer Fraktionskolleg/innen „außerordentlich erschrecken“ würden. Denn sie sei „ein gebranntes Kind aus der Zeit von Weimar“. So wie geschichtspolitische Argumente für die Kritik vieler eher konservativer SPD-Abgeordneter an der Friedensbewegung wichtig waren, so eigneten sich Abgeordnete die in der Friedensbewegung – wie überhaupt im grün-alternativen Milieu – verbreitete Parlamentarismuskritik und die Partizipationsforderung an.

Organisatorisch können die frühen 1980er Jahre ebenfalls als eine Zeit des intensivierten Wandels begriffen werden. Zum einen bildeten sich die informellen Gruppierungen innerhalb der Fraktion stärker heraus. Die eher konservativen Kanalarbeiter mit ihrem Sprecher Egon Franke vereinigten sich 1982 mit dem Seeheimer Kreis um Hans Apel – nicht zuletzt auch um personelle und organisatorische Ressourcen in der Auseinandersetzung um den

Doppelbeschluss zu bündeln. Die Fraktionslinke um Norbert Schäfer, Eckart Kuhlwein und Karsten Voigt wuchs zahlenmäßig an und entwickelte sich gemeinsam mit dem außerparlamentarischen Frankfurter Kreis zu einem Forum intensiver politischer Diskussionen, die an die theoriewütigen Juso-Sitzungen der frühen 1970er Jahre anzuknüpfen versuchten. Neu war in den 1980er Jahren zum anderen, dass hauptamtliche Mitarbeiter der Fraktion – wie der Referent Johannes Altmeyen – ihre außen- und sicherheitspolitische Expertise an die nachrüstungskritische Basis weitergaben und sie damit gewissermaßen mit Argumentationsmustern versorgten. Sie rezipierten intensiv die Veröffentlichungen von Friedensforschern (wie Ulrich Albrecht, Dieter Lutz, Dieter Senghaas oder Wolfram Wette) und speisten ihre gewonnenen Erkenntnisse in Form von Vorträgen oder Papieren in die Diskussionen in Unterbezirken und Kreisverbänden ein. Stärker noch als die Fraktionsreferenten engagierten sich Mitarbeiter im Erich-Ollenhauer-Haus wie Wolfgang Biermann dafür, die Stationierungsgegner argumentativ zu stärken. Häufig waren sie selbst wichtige Protagonisten der Friedensbewegung – Biermann ist ein prominentes Beispiel.

Eine andere wichtige Neuerung war der Bedeutungszuwachs der „Arbeitsgruppe USA“ zwischen 1981 und 1983. Die Fraktion hatte die Arbeitsgruppe 1976 ins Leben gerufen und gleichzeitig den „Arbeitskreis Nordamerika“ beim Parteivorstand aufgelöst, der die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Mit der „AG USA“ versuchte die Fraktion ihre transatlantischen Kontakte zu intensivieren, die unter der Stationierungskritik weiter Teile der SPD litten. Diese AG war ein Instrument der inoffiziellen sozialdemokratischen Außenpolitik, mit der SPD-Funktionäre auf die US-Regierung zugunsten von Rüstungskontrolle und Abrüstung einwirken wollten sowie den Dialog mit amerikanischen Institutionen, Stiftungen und demokratischen Senatoren bzw. Abgeordneten zu verbessern hofften. Den AG-Vorsitz übernahm der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke. Als Mitglieder gehörten ihr unter anderem die Abgeordneten Peter Corterier, Klaus von Dohnanyi, Alfons Pawelczyk und Karsten Voigt an. Insgesamt machte die AG USA die Arbeit der Fraktion international sichtbarer und trug zur transatlantischen Vernetzung vieler SPD-Abgeordneter bei. Daran hatte auch Dietrich Stobbe einen großen Anteil, der nach seiner Wahlniederlage in Berlin gegen Richard von Weizsäcker 1981 als Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung nach New York ging. Ob die Außenpolitik der SPD-Fraktion unter dem Strich erfolgreich war, ist hingegen eine andere Frage.

Nicht zuletzt änderten sich die Kommunikationsformen der SPD-Fraktion in den frühen 1980er Jahren. Dabei sollte die Bedeutung der Wahl am 6. März 1983 als Katalysator hoch

veranschlagt werden. Im Wahlkampf konnte man bereits Anzeichen eines solchen Wandels ausmachen. Denn Kandidat/innen der SPD wie beispielsweise Renate Schmidt und Heide Simonis übernahmen in ihrem Wahlkampf Kommunikationsmittel und Aktionsformen der Friedens- und Umweltbewegung, wie Radtouren, Menschenketten oder Sit-ins, die das traditionelle Handlungsrepertoire der SPD (Wahlkampfstand, Kundgebung) erweiterten. Kandidat/innen der SPD griffen die Kommunikationsformen der außerparlamentarischen Bewegung in dem Maße auf, in dem sie sich als Teil dieser Bewegung verstanden. Insgesamt blieben Abgeordnete wie Schmidt und Simonis in ihrem Einfallsreichtum aber deutlich hinter den Grünen zurück, die viel stärker aus dem Protestrepertoire des grün-alternativen Milieus schöpften. Am Abend des 6. März 1983 zeigte das Wahlergebnis, dass die SPD-Fraktion zwar deutlich schrumpfte, aber ein bisschen weiblicher und jünger wurde. Während die Grünen mit 5,6 Prozent erstmals in den Bundestag einzogen, erreichte die SPD 38,2 Prozent der Stimmen. Bei einer kleiner werdenden Fraktion (von 228 auf 202 Abgeordnete) stieg der Anteil weiblicher Abgeordneter von 8,3 Prozent auf 10,4 Prozent. Zum Vergleich: Die Grünen hatten 35,7 Prozent weibliche Abgeordnete. Es sollten in der Wahlperiode zwischen 1983 und 1987 in erster Linie junge und weibliche Abgeordnete sein, die neue Formen der politischen Kommunikation in ihrer Arbeit im Parlament und im Wahlkreis ausprobierten. Die Gesamtfraktion hielt an bewährten Politik- und Kommunikationsformen fest.

Insgesamt zeigt die SPD-Fraktion in den frühen 1980er Jahren ein widersprüchliches Bild. Während die Jahre der Nachrüstungsdebatte für die inhaltliche und organisatorische Arbeit in der Fraktion eine Phase des beschleunigten Wandels waren, blieben die Abgeordneten insgesamt widerständig gegenüber neuen politischen Kommunikationsmitteln. Dazu beigetragen hat sicherlich die Art und Weise, wie die Abgeordneten in der Fraktion über die Sicherheitspolitik diskutierten. Die Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss beeinflusste die politische Kultur der Bonner Republik tiefgreifend, und sie veränderte auch die SPD als Partei und besonders die SPD-Basis, doch die Fraktion blieb davon vergleichsweise wenig berührt.